

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

6.8.1930 (No. 181)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 993
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
I. S.:
G. W. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Quadratbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontostopverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wirtschaftsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Reichstagswahlen in Baden im Jahr 1928

Am 14. nächsten Monats hat das badische Volk das Recht und die Pflicht, wiederum zur Wahlurne zu gehen, und den ihm zustehenden Einfluß auf die Zusammensetzung des neuen Reichstags auszuüben. Für viele unserer Leser mag es daher von Interesse sein, einen Rückblick auf die letzte Reichstagswahl (20. Mai 1928) zu werfen und sich die wichtigsten Ergebnisse dieser Wahl für das Land Baden ins Gedächtnis zurückzurufen.

Stimmberichtigte zur letzten Reichstagswahl waren im Lande Baden rund 1 1/2 Millionen (genau 1 496 041) Personen; auf je 100 Einwohner entfielen 64,7 Stimmberichtigte. Insgesamt haben sich 17 Parteien in Baden um die Gunst dieser Stimmberichtigten beworben; die Zahl der Reichstagskandidaten hat 199 betragen, darunter waren 15 weiblichen Geschlechts.

Abgestimmt haben von den 1 1/2 Millionen Stimmberichtigten 923 210, d. h. 61,7 v. H. der Stimmberichtigten; mit andern Worten: über 1/2 Million Stimmberichtigte haben sich in Baden der Abstimmung enthalten. Die Wahlbeteiligung war bei den vorausgegangenen Reichstagswahlen erheblich höher; sie betrug im Jahr 1924 rund 71 Proz., im Jahr 1920 rund 73 Proz., und im Jahr 1919 (Nationalversammlung) 84,4 Proz. In keinem andern deutschen Land (außer Württemberg) war die Wahlbeteiligung vor zwei Jahren so gering, wie in Baden. In Württemberg betrug sie 68,4, in Bayern 74,4, in Hessen 65,9, in Preußen 76,4, im Durchschnitt des Deutschen Reichs 75,6. Es besteht also die Aussicht, am 14. September erhebliche Reserven aus unserer Bevölkerung herauszuholen und an die Wahlurne zu bringen. Das Abstimmungsergebnis am 20. Mai 1928 war für die 17 Parteien, die Bewerber aufgestellt hatten, außerordentlich verschieden. Am schlechtesten hat der Deutsche Reichsbund der Geschädigten abgeschnitten, auf den nur 959 Stimmen im ganzen Land entfielen. Etwas besser ist es der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (2104 Stimmen), dem Volkshinationalen Block (3588 Stimmen), der Alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (3359 Stimmen), den Linken Kommunisten (4886) Stimmen), der Deutschen Bauernpartei (5446 Stimmen), der Christlichsozialen Reichspartei (8923 Stimmen) sowie der Christlichnationalen Bauern- und Landvolkspartei (13 973 Stimmen) ergangen. Ein anderes Bild zeigen das Zentrum und die Sozialdemokratie: Die erstgenannte Partei hat nahezu 300 000 Stimmen (genau 297 818), die Sozialdemokratie 204 346 Stimmen auf sich vereinigt. Von 100 gültig abgegebenen Stimmen entfielen 32,8 auf das Zentrum, 22,5 auf die Sozialdemokratie. In weitem Abstand folgen die

Deutsche Volkspartei	mit 86 401 Stimmen, d. h. 9,5 %
Deutschnationale Volksp.	mit 74 012 Stimmen, d. h. 8,1 %
Kommunistische Partei	mit 66 808 Stimmen, d. h. 7,4 %
Deutsche Demokr. Partei	mit 63 888 Stimmen, d. h. 7,0 %
Wirtschaftliche Vereinigung des badischen Mittelstandes	mit 30 875 Stimmen, d. h. 3,4 %
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbeweg.)	mit 26 330 Stimmen, d. h. 2,9 %
Volksrechtspartei	mit 15 162 Stimmen, d. h. 1,7 %

Die Badische Zentrumspartei war die einzige Partei, die bei der letzten Reichstagswahl in verschiedenen Amtsbezirken (insgesamt in 13) über die Hälfte aller gültig abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat; allen übrigen Parteien ist es in keinem einzigen Amtsbezirk gelungen, die Hälfte der Stimmen zu erlangen. Die Sozialdemokratie hat in zwei Amtsbezirken (Mannheim und Karlsruhe) rund ein Drittel aller gültig abgegebenen Stimmen erhalten; der Deutschnationale Volkspartei ist es im Amtsbezirk Bretten gelungen, 35,8 Proz., im Amtsbezirk Sinsheim 33,4 Proz. aller Stimmen auf sich zu vereinigen.

Wie wir dem vom Badischen Statistischen Landesamt herausgegebenen Buch über „Die Reichstagswahl am 20. Mai 1928“ (188 Seiten, Preis 3 RM) entnehmen, ist es nur 6 von den 17 bewerbenden Parteien geglückt, Abgeordnete in den Deutschen Reichstag zu entsenden. Auf das Zentrum entfielen 6, auf die Sozialdemokratische Partei 3, auf die Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Kommunistische Partei und Deutsche Demokratische Partei je 1; alle übrigen Stimmen gingen zusammen mit den Reststimmen aus Württemberg, das mit Baden den Wahlkreisverband XVI bildet, an den entsprechenden Reichswahlvorläufer über. Bemerkenswert ist übrigens, daß zwei der badischen Reichstagsabgeordneten (Curtius und Dietrich) an der Spitze von Reichsministern stehen.

Schweres Grubenunglück im Saargebiet

W.D. Saarbrücken, 6. Aug. (Tel.) Auf dem Hirschbach „Galmelle“ bei Clarenthal der Inspektion Louisenthal ereignete sich heute früh um 11 Uhr eine Kohlenstaubexplosion. In der Abteilung waren 48 bis 50 Bergleute beschäftigt. Im Laufe des Vormittags wurden 19 zum Teil schwer verbrannte Arbeiter zutage gefördert und ins Fischbach-Wöllinger Lazarett übergeführt. Für die Grube besteht keine Gefahr, da die Wetterführung vollkommen in Ordnung ist. Meldungen über Bergung von Toten liegen nicht vor.

Letzte Nachrichten

Am den Zusammenschluß der Mitte Vor den neuen Verhandlungen

M. Berlin, 6. Aug. (Priv.-Tel.) Dr. Scholz, der Führer der Deutschen Volkspartei, ist heute wieder nach Berlin zurückgekehrt. Morgen sollen die Verhandlungen Scholz mit Vertretern der Landwirtschaft und der Konservativen fortgesetzt werden. Ferner soll aber auch morgen die Aussprache stattfinden, die zwischen Scholz und dem Mitbegründer der deutschen Staatspartei, dem Demokraten Koch-Weser, geplant ist. Auch der preussische Finanzminister Schäfer-Ashoff, der an den Verhandlungen beteiligt ist, trifft morgen wieder in Berlin ein. Inzwischen ist angeregt worden, daß sich der Großindustrielle Rühlmann aus Saarbrücken als Vermittler zwischen Volkspartei und Staatspartei betätigen möge, nachdem es Rühlmann bekanntlich gelungen ist, im kleinen Rahmen im Saargebiet die Mitte zu einigen.

Neubearbeitung des Briand-Memorandums Zur Völkerverbundtagung

W.D. Paris, 6. Aug. (Tel.) Der „Petit Parisien“ meldet, daß der Abfassung des Berichts über die Frage der föderativen Gestaltung Europas, den Außenminister Briand für die Völkerverbundtagung vorbereiten soll, nach dem Vorliegen der Antworten sämtlicher befragten Staaten nichts mehr im Wege stehe. Am Quai d'Orsay habe man bereits mehrere Entwürfe ausgearbeitet, die vom Außenminister geprüft wurden. Wenn die Ausarbeitung und die Befragung der in Paris akkreditierten Botschafter abgeschlossen sein werde, dann werde das neue Memorandum Briand allen interessierten Nationen zugestellt werden, damit sie es noch vor der Völkerverbundtagung, in der der Plan der Europarunion eingehend erörtert werden soll, prüfen könnten.

Die Bevölkerungszunahme in U.S.A.

W.D. Washington, 6. Aug. (Tel.) Nach den vorliegenden Ergebnissen der Volkszählung beträgt die Bevölkerungszahl der Vereinigten Staaten unter Ausschluß der Kolonien 122 728 873 Personen. Trotz der Beschränkung der Einwanderung und der Abnahme der Geburtenziffer hatte das Land während der letzten zehn Jahre die bisher größte zahlenmäßige Vermehrung seiner Bevölkerung zu verzeichnen. Unter Einberechnung der Bewohner der anderen amerikanischen Gebiete und Besitzungen betrug die Gesamtbevölkerung 137 501 561.

Milliardenschaden durch die amerikanische Hitze

W.D. New York, 6. Aug. (Tel.) Die Blätter beschäftigen sich weiter eingehend mit der seit dem 17. Juli ununterbrochen anhaltenden Rekordhitze und ihren verheerenden Folgen für die Landwirtschaft. Man befürchtet, daß der Landwirtschaftszugewinn durch die Hitze um eine Milliarde Dollars übersteigen wird, da auch die Viehzucht schwer betroffen ist. Im mittleren Westen beginnt die Hitze allmählich nachzulassen. Im Osten düstern die Nebeltemperaturen erst am Donnerstag zurückgehen. Die Stadt New York erlebte gestern den heißesten Augusttag, der seit dem Bestehen des Wetterbüros verzeichnet wurde. Aus vielen Orten werden Todesfälle, geistige Erkrankungen und Selbstmorde gemeldet, die auf die unerträgliche Hitze zurückzuführen sind.

Luftschiffe und Seekrieg

W.D. Cleveland, 6. Aug. (Tel.) Während der Überreichung des Gordon-Bennet-Preises an die Sieger des diesjährigen Wettfluges hob der Unterstaatssekretär der aeronautischen Abteilung des Marineamtes, Ingalls, die Vorzüge hervor, die die Riesenluftschiffe von dem Typ der von der amerikanischen Marine bestellten beiden Zeppelin auszeichnen. Im Seekrieg würden sich betrieblige Luftschiffe, so betonte Ingalls, Flugzeugen und Kreuzern entschieden überlegen erweisen. Auch ihre verhältnismäßig kurze Bauzeit und die niedrigen Baukosten seien weitere Vorteile.

Entsendung britischer Kriegsschiffe nach Hankau

W.D. London, 6. August (Tel.) „Times“ melden, die britische Regierung habe die Entsendung von Kriegsschiffen nach Hankau genehmigt, wo die chinesischen Behörden einen kommunistischen Aufstand befürchten.

Der Umfang des nordfranzösischen Textilarbeiterstreiks. Die Streiklage in der französischen Textilindustrie ist folgende: In 28 Fabriken mit 19 640 Arbeitern herrscht Generalstreik, 38 Fabriken mit 12 728 Arbeitern sind von Teilstreik betroffen, da 4000 Arbeiter feiern. 66 Fabriken mit 12 800 Arbeitern sind vom Streik nicht berührt, da dort die geforderte Lohnerhöhung bewilligt wurde. Die Zahl der Streikenden in Roubaix ist auf 23 700 gestiegen.

Militärflugzeug im Saargebiet der Infanterie. Ein lettlandisches Militärflugzeug geriet, wie aus Riga gemeldet wird, bei Danagapils in den Saargebiet der Infanterie, deren Schießplatz sich in der Nähe des Flugplatzes befand. Die beiden Insassen des Flugzeuges wurden von Geschossen getroffen. Einer von ihnen ist seinen Verletzungen erlegen.

Mit der Beilage: Offizielle Gewinnliste der Badischen Krüppel-Fürsorge

Reichstagswahl — Wahlvorschläge

PA. Zu der Frage der Wahlvorschläge und sonstigen Vorbereitungen für die Reichstagswahl am 14. September wird vom Wahlkreisleiter für Baden folgendes amtlich mitgeteilt: Eine besondere amtliche Aufforderung zur Einreichung von Kreis- und Reichswahlvorschlägen sowie zur Abgabe von Verbindungs- und Anschließerkündigungen erfolgt nicht.

Die Kreiswahlvorschläge für die am 14. September 1930 stattfindende Neuwahl des Reichstags müssen spätestens am 17. Tage vor dem Wahltag (also spätestens am 28. August 1930) bei dem Kreiswahlleiter des 32. Wahlkreises Baden (Anschluß Kreiswahlleiter des 32. Reichstagswahlkreises im Ministerium des Innern in Karlsruhe) eingereicht sein, die Reichswahlvorschläge spätestens am 14. Tage vor dem Wahltag (also spätestens am 31. August 1930) bei dem Reichswahlleiter in Berlin W 15, Kurfürstendamm 193/194.

Zu den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber der Reihe nach mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, ihr Wohnort und ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Außerdem soll in den Wahlvorschlägen die Partei der Bewerber angegeben werden. Der Wahlvorschlag muß einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter bezeichnen, die bevollmächtigt sind, dem Kreiswahlleiter und dem Kreiswahlausschuß des Wahlkreises, bei Reichswahlvorschlägen dem Reichswahlleiter und dem Reichswahlausschuß Erklärungen abzugeben. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

Die Kreiswahlvorschläge müssen von mindestens 500 Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein. An Stelle von 500 Wählern genügen 20, wenn diese glaubhaft machen, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Kreiswahlvorschlags oder eines andern sind, mit dem sich der Wahlvorschlag verbindet oder der sich dem gleichen Reichswahlvorschlag anschließen will. Für die Parteien, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten waren, kann unterstellt werden, daß ein von ihnen in einem Wahlkreis eingereichter Wahlvorschlag die Unterstützung von 500 Wählern findet, vorausgesetzt, daß kein Antrag vorliegt, an der Zugehörigkeit der Parteiorganisation zu zweifeln, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten war. Bei solchen Wahlvorschlägen genügt die Unterzeichnung durch 20 Wähler. Das gleiche gilt, wenn die Unterzeichner eines Kreiswahlvorschlags erklären, daß ihr Wahlvorschlag dem Reichswahlvorschlag einer bisher schon im Reichstag vertretenen Partei angeschlossen wird.

Die Reichswahlvorschläge müssen von mindestens 20 Wählern beliebiger Wahlkreise unterzeichnet sein.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen auch Beruf, Stand, Wohnort und Wohnung beifügen. Ihre Unterschriften müssen leserlich sein. Mit dem Wahlvorschlag sind einzureichen:

1. Die Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorschlag zustimmen.
2. Die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Bewerber am Wahltag a) das 25. Lebensjahr vollendet haben, b) seit mindestens einem Jahr Reichsangehörige und c) vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind.
3. Die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlags in die Stimmliste oder Stimmkarte eingetragen oder mit einem Stimmschein versehen worden sind.

Die Bescheinigungen sind gebührenfrei auszustellen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen und Anständen wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Bescheinigung der Gemeindebehörde nach Ziffer 2 den Stempel der Gemeinde tragen muß. Ein Stempel des Wahlamts oder einer sonstigen mit den Wahlarbeiten beauftragten Stelle der Gemeindeverwaltung genügt für diese Bescheinigung nicht.

Innerhalb des XVI. Wahlkreisverbandes Württemberg-Baden können mehrere Kreiswahlvorschläge verbunden werden. Die Verbindung ist nur dann wirksam, wenn diese Vorschläge demselben oder keinem Reichswahlvorschlag angeschlossen sind.

Die Verbindung von Kreiswahlvorschlägen muß von den auf diesen Vorschlägen bezeichneten Vertrauensleuten oder ihren Stellvertretern übereinstimmend spätestens am 12. Tag vor dem Wahltag (d. h. spätestens am 2. September 1930) bei dem Verbandswahlleiter für den XVI. Wahlkreisverband Württemberg-Baden im württembergischen Ministerium des Innern in Stuttgart schriftlich erklärt werden (Verbindungs-Erklärung).

Für einen Kreiswahlvorschlag kann der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter erklären, daß die Reststimmen des Kreiswahlvorschlags einem Reichswahlvorschlag zuzurechnen sind (Anschließerkündigung). Die Anschließerkündigung muß von dem Vertrauensmann des Kreiswahlvorschlags oder seinem Stellvertreter spätestens am 8. Tage vor dem Wahltag (d. h. spätestens am 6. September 1930) bei dem Kreiswahlleiter des Wahlkreises eingereicht sein. Wird eine Anschließerkündigung nicht abgegeben, so werden die auf einen Kreiswahlvorschlag entfallenden Reststimmen nicht berücksichtigt.

Die Fristen für die Einreichung von Wahlvorschlägen, Verbindungs- und Anschließerkündigungen sind Ausschlußfristen. Wahlvorschläge oder Verbindungen, die zu spät eingereicht oder erklärt sind, können daher nicht zugelassen werden. Wegen der Abgabe telegraphischer Erklärungen wird auf § 20 des Reichswahlgesetzes verwiesen.

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt und den Gemeinden zur Weitergabe an die Abstimmungsleiter übergeben. Der Stimmzettel wird als Einheitsstimmzettel gefertigt und enthält alle zugelassenen Kreiswahlvorschläge unter Angabe der Partei und Hinzufügung der Namen je der ersten vier Bewerber. Für die Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge auf dem Stimmzettel gelten folgende Grundsätze:

Kreiswahlvorschläge, die einem Reichswahlvorschlag angehängt sind, erhalten die Nummer dieses Reichswahlvorschlags. Die anderen Kreiswahlvorschläge erhalten die an die höchste Nummer der Reichswahlvorschläge anschließenden Nummern in der Reihenfolge, wie sie beim Kreiswahlleiter eingehen.

Die Abstimmung erfolgt in der Weise, daß der Wähler auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise den Kreiswahlvorschlag kennzeichnet, dem er seine Stimme geben will.

Es bleibt bei der Tarifierhöhung der Reichsbahn

Die Reichsvereinigung der Reisenden und Vertreter im Gewerkschaftsbund der Angestellten hatte den Reichsverkehrsminister gebeten, die bereits genehmigten Tarifserhöhungen, die am 1. September in Kraft treten, wegen der unliebsamen Belastung der 8. Wagenklasse nochmals nachzuprüfen. Der Reichsverkehrsminister hat hierauf, wie die „Deutsche Zeitung“ meldet, geantwortet, daß er diesem Antrage nicht entsprechen könne. In der Begründung heißt es:

„Die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist durch einen empfindlichen Einnahmerückgang seit vorigem Herbst in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Nach sorgfältiger Prüfung hat die Reichsregierung sich entschlossen, der beantragten Erhöhung zuzustimmen. Sie glaubte, das um so mehr tun zu können, weil sie die Erhöhung der Wagenladungspreise entsprechend der Entschärfung des Reichseisenbahntrates wegen der außerordentlich ungünstigen Rückwirkung auf die Gesamtwirtschaft und auf alle Volksteile abgelehnt hatte. Auch fallen die Beträge, um die die Personalfahrpreise erhöht werden sollen, gegenüber den allgemeinen Kosten einer Reise nicht entscheidend ins Gewicht und werden sich für das reisende Publikum nicht besonders drückend auswirken.“

Deutsch-französischer Schüleraustausch

Eine Gruppe von 180 deutschen Schülern — 120 Knaben und 60 Mädchen —, begleitet von 120 französischen Schülern und Schülerinnen, trat Dienstag abend in Sonderzügen von Paris auf dem Schleifischen Bahnhof in Berlin ein. Die Kinder wurden von ihren Angehörigen begrüßt und stellten diesen die aus Frankreich mitgebrachten Freunde und Freundinnen vor. Die deutschen Teilnehmer, die im Alter von 11 bis 19 Jahren stehen, haben einen Monat teils in Paris, teils in Ost- und Südfrankreich zugebracht. Den Höhepunkt der Reise bildete ein Empfang, den ihnen das französische Auswärtige Amt in seinen Prunkräumen unter persönlicher Anwesenheit Briands in Paris gab. Der Auslandsbesuch war unter Mitwirkung des deutsch-französischen Schüleraustausches und der Liga für Menschenrechte vom Landesjugendamt Berlin organisiert worden.

W.D. Paris, 6. Aug. (Tel.) Die „Volonté“ schreibt über die Frage der deutsch-französischen Annäherung, der Locarno-Geist und die Sympathien für eine deutsch-französische Annäherung machten in Deutschland große Fortschritte. Annäherungskomitees enstalteten in den hauptsächlichsten Zentren eine rege Tätigkeit. So hatte in der vergangenen Woche eine Reihe außerordentlich begrüßenswerter Zusammenkünfte im Schwarzwald stattgefunden. 60 junge Franzosen und 100 junge Deutsche aller Richtungen, einschließlich der nationalitätlichen hätten gemeinsam an einem Kongreß teilgenommen. Nach den Ereignissen im Rheinland sei diese Kundgebung sehr ermutigend.

Verhaftung eines Sowjetbeamten in Berlin

Der Direktor der „Ruhpaorg“, einer russischen Aktiengesellschaft, die neben Wien auch in Berlin eine Zweigstelle unterhält, und an der mit 50 Proz. die russische Handelsvertretung und 50 Proz. Privatwirtschaftskreise beteiligt sind, ist, wie das „B. Z.“ meldet, in einem Hotel verhaftet worden. Diese Maßnahme erfolgte auf Betreiben der russischen Handelsvertretung, die bei der Staatsanwaltschaft Antrag gegen Smoloff wegen Unterschlagung von 20 000 Dollar erhoben hatte. Dieser Verhaftung stellte der Generaldirektor die Behauptung gegenüber, daß von einer Unterschlagung keine Rede sein könne, sondern, daß er dieses Geld, das aus der Liquidierungsmassnahme der Berliner Filiale stamme, nur als Gegenmaßnahme gegen die Konfiskation seines Besitzes in Rußland, auf seine Weigerung, sich in Moskau zu stellen, anbehalten habe. Vorläufig erklärte er sich bereit, sowohl die strittige Summe bei den Gerichten zu hinterlegen, als auch den deutschen Behörden Rechnung zu legen.

Frau Kollontai Sowjetgesandtin in Stockholm. Das Zentralerekutivkomitee der Sowjetunion hat Frau Kollontai zur bevollmächtigten Vertreterin in Schweden ernannt.

Zum Tode Siegfried Wagners

In der Kapelle des Städtischen Krankenhauses in Bayreuth fand, wie angekündigt, am Dienstag die Einsegnung der Leiche Siegfried Wagners in englischem Familienkreise statt. Nach einem Quartett der Konzertmeister des Festspielorchesters richtete Defan Dr. Wolfart erhabende Worte an die Trauerversammlung. Es waren neben der Gattin des Verstorbenen erschienen die Schwestern Daniela Thode, Frau Eva Chamberlain, Gräfin Grabina, Ferner u. a. die drei Dirigenten der Festspiele, Dr. Mud, Toscanini und Elmendorf, Prof. Dr. Müdel, der Leiter der Chöre, Graf Du Moulin-Edardt (München). Am heutigen Mittwoch erfolgt die Überführung der Leiche nach der Stadtkirche, wo sie aufgebahrt wird. Am Freitagabend findet im Festspielhaus die große Trauerfeier des Orchesters und der gesamten Künstlerchaft für Siegfried Wagner statt.

U. a. hat Reichskanzler Dr. Brüning zugleich im Namen der Reichsregierung an die Gattin des verstorbenen Siegfried Wagner ein herzliches Beileidstelegramm gerichtet.

Siegfried Wagner hat in seinem Testament seine Gattin, Frau Minifried, als alleinige Erbin eingesetzt und als alleinige zukünftige Leiterin der Bayreuther Festspiele bestimmt. Auf ihren Wunsch hin haben sowohl Künstlerchaft als auch alle an den Festspielen beteiligten Stellen ihre Ämter beibehalten.

Volksschauspiel Stigheim. Zum Andreas-Hofer-Spiel am Verfassungstag (Montag, den 11. August) verkehren die Spielzüge wie an Sonntagen. Es ist dies voraussichtlich der letzte außerplanmäßige Spieltag. Am Donnerstag, den 15. August, fällt das Spiel aus. Trotz des zweifelhaften Wetters war das Spiel am letzten Sonntag wieder voll besetzt und fand die größte Anerkennung.

Für den Zusammenschluß der Mitte

Ein Appell Hüpter-Archoff

Die „Köln. Ztg.“ veröffentlicht einen Appell des preussischen Finanzministers Hüpter-Archoff, in dem es heißt:

Es gilt, die staatsbürgerliche Mitte aus der Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der volksnationalen Bewegung zu bilden. Es ist ein Trugschluß, auch die anderen Elemente der neuen Parteien in die neue Staatspartei einzureihen zu wollen. Wie sollen wir auf die Dauer mit Westarp und Schiele gemeinsame Kulturpolitik, Wirtschaftspolitik und Außenpolitik machen können? Die neue Staatspartei, unsere Hoffnung, kann nur dann groß und mächtig sein, kann nur dann die Sehnsucht von Millionen von Staatsbürgern erfüllen, wenn ihr Handeln nicht durch eine Verzerrung mit wesenfremden Elementen verborben wird. Diese Erkenntnis muß sich durchsetzen, wenn unsere weiteren Bemühungen einen Erfolg haben sollen.

Die Stunde ist so ernst, daß unsere Bemühungen nicht an Personen und an Empfindlichkeiten über das Vorgehen von Personen scheitern dürfen; ich spreche ganz offen: Hoch-Wefer war davon durchdrungen, daß die neue Partei aus den oben bezeichneten Elementen der staatsbürgerlichen Mitte gebildet werden könnte. Er hat, weil er glaubte, handeln zu müssen, schnell gehandelt und zunächst einmal die Elemente der Demokratischen Partei und der volksnationalen Bewegung im wesentlichen zusammengeführt. Nun sind die anderen, die auch nach unserer Überzeugung für eine Neubildung in Frage kommen, verstimmt.

Ich appelliere an die Verantwortlichen, keine Taktik zu treiben und ihren Verstand nicht daran zu verschwenden, die anderen ins Unrecht zu setzen, um etwa eine bessere Position im Wahlkampf zu haben. Die ersten Wähler wollen von Taktik nichts wissen, sie wollen die Staatspartei, der sie mit gutem Gewissen ihre Stimme geben können. Sie wollen — nachdem sie in der Politik heimatisch geworden sind — wieder eine Stätte politischen Wirkens haben. Noch ist es nicht zu spät. Noch können geschickte Verhandlungen zum vollen Erfolg führen. Die Entwicklung, die innerhalb der Parteien sich jetzt vollziehen will, bedeutet für die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland alles. Von dem Ergebnis dieser Entwicklung wird es abhängen, ob in Deutschland von dem Parlament verantwortungsvolle, staatsbejahende Politik getrieben werden kann. Es handelt sich so um das Gesicht der deutschen Republik.

Im „Berliner Börsenkurier“ veröffentlicht der der Deutschen Volkspartei angehörende Oberregierungsrat in der Presseabteilung der Reichsregierung, Dr. Walther Seide, einen offenen Brief an den Parteiführer Dr. Scholz, worin er ihn auffordert, alle Möglichkeiten zu einer Sammlung auf der ursprünglich geplanten Basis, also unter Einfluß der Deutschen Staatspartei, zu erschöpfen.

Rebte Stresemann noch — so heißt es in dem Brief —, wäre es sicherlich nicht zu dieser Art der Gründung der Staatspartei gekommen, die wir bedauern. Niemals aber wäre auch ein Bruderstreit entbrannt, wie wir ihn jetzt schmerzhaft erleben. Nicht Sie trifft die Schuld, daß es so kam, aber Sie haben jetzt die heilige Pflicht, noch einmal die ausgestreckte Hand zu ergreifen, die Herr Hoch-Wefer Ihnen bot. Zwei Männer mit solch vornehmer Einstellung, die einander „in alter Verehrung“ begegnen, sollten gemeinsam den Weg aus diesem Labyrinth des Hasses und der Zwietracht finden. Herr Minister, bringen Sie in die Verhandlungen den Hauch einer neuen Gesinnung, sprechen Sie von Mann zu Mann, ohne sich in Taktik zu verlieren. Denn die Persönlichkeit ist immer noch das Primäre. Offenheit und Ratwilligkeit bedingen den Erfolg. Der Staat ist in Gefahr, die Zeit drängt und die Wählererschaft will eine klare Front!

Die Nationalliberale Korrespondenz, der parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, hat mitgeteilt, daß die in der Presse verschiedentlich verbreitete Auffassung, daß die zwischen Herrn Hoch und Scholz verabredete Aussprache den Zweck habe, neue politische Verhandlungen zwischen Deutscher Volkspartei und Staatspartei herbeizuführen, unrichtig sei. Es handelt sich bei dieser Unterredung nicht um eine politische Aktion, sondern um eine einfache Aussprache von Mensch zu Mensch, die auf Grund des Briefes von Herrn Hoch-Wefer an Scholz erfolgt und die sich auch schon daraus von selbst ergibt, daß Herr Hoch-Wefer und Dr. Scholz sich aus langen Jahren gemeinschaftlicher kommunaler Tätigkeit kennen.

Die durch den einstimmig gefaßten Beschluß des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei bestimmte Haltung der ganzen Partei habe sich in keiner Weise geändert.

Mabrauns Stellung zum Judentum

Verchiedene Zeitungen veröffentlichten einen Brief, in dem der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens und Führer der Deutschen Staatspartei, Arthur Mabraun, einem Freunde die Versicherung abgegeben habe, daß sich die Volkswirtschaftliche Reichsvereinigung energig gegen alle diejenigen Juden zur Wehr setzen werde, welche an den Grundfragen der christlichen und deutschen Kultur rütteln. Andere Zeitungen bezeichnen den sogenannten Arier-Paragrafen, der eine Grundlage des Jungdeutschen Ordens ist, als antisemitisch.

Der Jungdeutsche Orden läßt — so erklärt nun im „Jungdeutsche“ Mabraun —, an diesen Grundlagen seiner Mitgliedschaft nicht rütteln. Er erkennt im staatsbürgerlichen Leben dem jüdischen Staatsbürger die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu. Wir geben aber keinem das Recht, in Wesen und Form unserer jungdeutschen Gemeinschaftsbildung hineinzureden. Unser Kampf gilt all denen, welche an der Grundlage der christlichen und deutschen Kultur rütteln, einzeln, ob sie Juden sind oder nicht. In unserem staatsbürgerlichen Dienst an Staat und Volk kennen wir nur eine einzige Gemeinschaft mit den deutschen Staatsbürgern, welche unseren Ideen vom sozialen und nationalen deutschen Volkstaat vorbedinglos zustimmen. Unbeschadet unserer völkischen Gesinnung bekämpfen wir schon aus Gründen der nationalen Einheit und Befriedung des deutschen Volkes den demagogischen Antisemitismus unserer Zeit. Unser Kampf für den deutschen Volkstaat erstreckt die Vollendung der deutschen Volkseinheit und die Vereinigung aller Gegenpflichten, welche das deutsche Volk mit Götz und Zwietracht erfüllen. In dem Antisemitismus, wie er sich heute in Deutschland darstellt, sehe ich ebenso ein Minderwertigkeitsgefühl, wie ich das selbe in einem gewissen Antigermanismus gewisser jüdischer Kreise erblicke.

Der preussische Staatskommissar für den Osten, Wie dem „Vorwärts“ zufolge in politischen Kreisen verlautet, wird sich die Reichsregierung im Benehmen mit der preussischen Regierung in den nächsten Tagen über die Einzelheiten der Durchführung des Ostprogramms schlüssig werden, soweit dieses durch die Rotverordnung des Reichspräsidenten in Kraft gesetzt worden ist. Wie verlautet, ist als Kommissar der preussischen Regierung der Woiwodschaftsminister Spiridiewer in Aussicht genommen.

Macdonald wieder in London. Der englische Premierminister Macdonald ist Dienstag abend von seiner Reise nach Oberammergau wieder nach London zurückgekehrt.

Die Schluchseewerk A.-G.

Der Bericht des Vorstandes der Schluchseewerk A.-G. über das 1. Geschäftsjahr 1929 bringt zunächst eine ausführliche Darlegung der Konstruktion und des Zwecks des Unternehmens:

Die Schluchseewerk-Aktiengesellschaft, Freiburg i. B., wurde am 15. Dezember 1928 mit dem Sitz in Freiburg mit einem Aktienkapital von 14 000 000 M. gegründet. Gründer der Gesellschaft waren die Badische Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwert), Karlsruhe, und das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk A.-G., Essen, mit je 50 Proz. Als weitere Aktionäre kamen die Kraftübertragungswerke Rheinfelden in Rheinfelden und das Kraftwerk Laufenburg in Laufenburg hinzu. Die anteilige Beteiligung beträgt beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk A.-G., Essen, 50 Proz., bei der Badischen Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwert), Karlsruhe, 37 1/2 Proz., bei den Kraftübertragungswerken Rheinfelden in Rheinfelden 7 1/2 Proz., beim Kraftwerk Laufenburg in Laufenburg 5 Proz.

Der Bau und Betrieb des Schluchseewerkes bezieht die Ausnutzung des Gefälles vom Schluchsee bis zum Rhein bei Waldbut. Das rund 600 m betragende Gefälle soll in drei Stufen ausgebaut werden, die im Projekt mit Ober-, Mittel- und Unterstufe bezeichnet sind. Die Verteilung und Genehmigung für den ersten Teilausbau des Schluchseewerkes ist am 2. Juli 1928 an die Badische Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwert), Karlsruhe, erteilt worden und wurde von dieser mit Zustimmung des badischen Ministers der Finanzen vom 17. Januar 1929 auf die Schluchseewerk-Aktiengesellschaft übertragen.

Der erste Teilausbau umfaßt die Oberstufe mit 201 m mittlerem Ausgefälle und das Werk Eichholz mit im Mittel 128 m Ausgefälle.

Für den ersten Teilausbau sind im wesentlichen folgende Bauten vorgesehen:

1. die Hängleitung Sägenbach—Windgallweier—Schluchsee,
2. das Schluchseebecken,
3. der Schluchsee—Schwarzastollen,
4. die Druckrohrleitung,
5. das Kraftwerk in Häusern,
6. das Schwarzabeden,
7. der Schwarz—Eichholzstollen,
8. das Werk Eichholz mit der Druckrohrleitung.

Die über 10 km betragende Hängleitung Sägenbach—Windgallweier soll die aus den Höhenlagen zwischen 1000 und 967 m + NN vom östlichen Jelsberggebiet kommenden gewässerreichen Zuflüsse der Gutach und Gaslach nach dem Windgallweier leiten. Zum Ausgleich der Beeinträchtigung der benachbarten Flußgebiete ist eine Erweiterung der Tifferegulation und die Erstellung eines kleinen Staumehrs bei Lengkirch vorgesehen; außerdem muß an einen Teil der geschädigten Triebwerke elektrische Kraft geliefert werden.

Das Schluchseebecken erhält durch die Auffassung des Schluchsees um 30 m auf Höhe 930 m + NN einen Rückhalt von 108 Millionen cbm. Der natürliche Zufluß zu diesem Becken beträgt im Jahresmittel 94 Millionen cbm. Der Schluchsee—Schwarzastollen ist ein 6 km langer Druckstollen, in dem das Werkwasser vom Schluchsee zum Klemmbuck bei Häusern geleitet wird; er hat eine lichte Weite von 4,10 m. Auf dem steilen Hang des Klemmbucks bei Häusern ist die Rohrleitung vorgesehen.

Das Krafthaus wird auf dem Talboden der Schwarz bei Schwarzabeden erbaut; es sind vier Maschinensäle mit einer Gesamtleistung von mag. 115 000 kW vorgesehen. Jeder Hauptmaschinensaal besteht aus dem Generator, der Turbine und der Pumpe, welche letztere durch eine hydraulische Kupplung zu- und abgeschaltet werden kann. Eine Transformator- und Schaltanlage stellt den Anschluß an die 110-kV-Leitungen des Rhein-Westfälischen Elektrizitätswerkes in Essen und des Badenwertes in Karlsruhe her.

Als Ausgleichsweiser für das Kraftwerk Häusern dient das Schwarzabeden mit einem Rückhalt von 1,7 Millionen cbm. Der Zufluß einschließlich des Werkwassers wird entweder durch die Speicherpumpen nach dem Schluchsee zurückbefördert, oder dem nächsten Kraftwerk zugeleitet. An das Schwarzabeden wird das Werk Eichholz mit einem Gefälle von 130 m angeschlossen. Die Ausbauleistung dieses Wertes, welche als Provisorium bis zur Fertigstellung des Kraftwerks Winau der Mittelstufe dienen soll, beträgt 28 000 kW. Zum Werk Eichholz führt vom Schwarzabeden ein 2,8 km langer Druckstollen von 4,10 m lichter Weite.

Die mittlere Jahreserzeugung des ersten Teilausbaues beträgt 130 Mill. kWh, wovon 73 Mill. kWh auf den natürlichen Zufluß entfallen. Die Stromerzeugung kann durch Einsetzen des Speichervorrats und durch verstärkten Pumpenbetrieb selbst im trockensten Jahr bis auf 180 Millionen kWh gesteigert werden.

Über die Bauarbeiten im ersten Baujahr wird berichtet:

Für die Bauleitung der Hoch- und Tiefbauten, sowie der maschinellen Einrichtungen des ersten Teilausbaues wurde die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. B. Rahmeyer & Co. in Frankfurt a. M. verpflichtet, für die Bauleitung des elektrischen Teils hinter den Generatoren das Badenwert in Karlsruhe. Neben der örtlichen Bauleitung auf der Baustelle errichtete Rahmeyer eine Zweigstelle in Freiburg amends engerer Zusammenarbeit mit uns. Ein Teil der dringlichsten Bauarbeiten war schon vor der Gesellschaftsgründung seitens des Badenwertes ausgeschrieben worden; im laufenden Geschäftsjahr wurden die übrigen wesentlichen Bauteile ausgeschrieben und vergeben.

Als erste Arbeit wurde am 18. Februar 1929 mit dem Bau des Schluchsee—Schwarzastollens begonnen; die Arbeiten verließen im großen und ganzen programmäßig. Der letzte Durchschlag des rund 6 km langen Stollens fand am 10. November 1929 statt. Der Anstieg des Schluchsees ist Ende März 1930 erfolgt. Die Gebirgsaufschlüsse im Stollen waren im allgemeinen recht gut, insbesondere an den wichtigsten Stellen, wo große Aufweitungen für die Bauwerke notwendig werden. Am 18. März 1929 wurden die Arbeiten an der Rohrleitung Häusern aufgenommen; sie nahmen einen ordnungsmäßigen Verlauf. Mit den Bauarbeiten am Krafthaus Häusern wurde am 25. März 1929 begonnen. Bis zum Ende des ersten Baujahres konnte der Tiefbau für das Maschinensaal im wesentlichen fertiggestellt werden. Der Bau des 10 Kilometer langen Ganganalles Sägenbach—Windgallweier wurde Ende Mai 1929 in Angriff genommen. Die Arbeiten waren bis zum Ende des Geschäftsjahres zum großen Teil schon beendet. Die kleine Staunanlage an der Gaslach bei Lengkirch wurde nahezu fertiggestellt und außerdem die Arbeiten zur Erweiterung der Tifferegulation in Angriff genommen.

Mit den Bauarbeiten an der Schluchseeperre wurde am 4. Juli 1929 begonnen. Beim Fortschritt der Ausbaubarbeiten wurde auf einem Teil der Talsohle schlechter Fels angetroffen. Ausschachtungen ließen erwarten, daß der Umfang nur begrenzt ist, doch stellte sich bei dem weiteren Ausbau des Fundaments heraus, daß Tiefbohrungen zur Feststellung des Umfangs der schlechten Felszone notwendig sind. Am Ende des Geschäftsjahres waren erst einzelne Vorversuche durchgeführt. Die Untersuchungen wurden aber in tiefer Kühlung